

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 128/186

Bezugspreis: monatlich 3,40 Gebot, — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Anstalten entgegen. — Abbestellen mußten bei Verlag, von Schönewitz.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise 24 mit 2000 Zeichen; 10 Pfennig, Kleinanzeigen: 6 Pfennig, Familienanzeigen: 4 Pfennig, Stellenanzeigen: 3 Pfennig, Die 8 großen 30 mm breite, Großanzeigen: 60 Pfennig, Kabott nach Carl, Grillanzeigen: 20 Pfennig.

Freitag, 8. August 1924

Gefäßstille Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5699 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 30 512. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag von Otto Chtiele, Halle-Saale.

Die deutsche Forderung in London

Ruhräumung bis zum Jahreswechsel

Tag- und Nachtstunden

London, 7. August.

Die Sitzung der Sachverständigen, die gestern 4 1/2 Uhr nachmittags stattfand, beendigte sich, nach der „Times“, in der Erwartung, daß die Einmündungen gegen die Besatzungsbedingungen so glatt als Blut, werden wohl keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Abends um 9 Uhr trat der Vizegouverneur zum zweiten Male zusammen. Die Sitzung dauerte bis 11 Uhr, wobei man nach den diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ aus über zwei Stunden diskutiert habe. Dr. Marx, Vizepräsident der Konferenz, habe mit „charakteristischer Milde“ erregt, daß Deutschland ein Partner des ersten Protokolls sein müßte, da dieses gewisse Änderungen des Berliner Vertrages enthalte. Während einer ganzen Stunde habe man sich jähmt mit der

den Beschlüsse gefaßt worden. Die Beratungen wurden heute früh um 11 Uhr fortgesetzt.

Gleichzeitig hat eine Sitzung der zweiten und dritten Kommission unter Leitung deutscher Sachverständiger begonnen, in der die Expertenfragen beraten wird. Allgemein herrscht der Eindruck vor, daß die bisherigen Beratungen ein jählich waren. Die Stimmung ist — auch nach der Franzosen anseht — gut. Die Verhandlungen über die Besatzungen der deutschen Delegation mit dem französischen Militärdeputierten General Lemoine herrscht zu bestehen. Im übrigen werden diese Besprechungen durchaus privaten Charakter tragen. Bezüglich des deutschen Memorandums ist der Beschluß gefaßt worden, nichts darüber zu veröffentlichen.

Außerhalb des Rahmens der Konferenz

Paris, 7. August.

In der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes findet nach dem „Quotidien“ heute außerhalb des Rahmens der Konferenz ein erster Meinungsaustausch zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegierten statt. Die deutsche Regierung wolle die Zurückführung der Truppen bis zum 1. Dezember beantragt haben und ist bereit, dafür große Opfer zu bringen.

Deutsche Bereitschaft zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich

Paris, 7. August.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Sonderministerpräsident des „Reichs Barikaden“ ist der Ansicht, daß das Problem der militärischen Räumung des Ruhrgebietes nach wie vor den Vorrang vor sämtlichen anderen Fragen behauptet. Marx und Stresemann bedauerten, wie der Sonderbericht von maßgebender Seite erfahren haben, über die Annahme der Verhandlungsmodalitäten des Sonderabkommens überaus hinauszuweisen, wenn sie die Forderung erheben, daß das Ruhrgebiet von den französisch-belgischen Truppen geräumt wird. Sie sind für diesen Fall bereit, auch einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen und würden sogar bereit sein, in der Frage der französisch-belgischen Eisenbahnen in der Unterwerfung der französischen Eisenbahnen im Ruhrgebiet verwandt werden, gewisse Zugeständnisse zu machen. Sie haben sich mit der Annahme der Eisenbahnen in dem rheinisch-schwarzwälder Gebiet bis zur Beendigung der militärischen Räumung einverstanden erklärt. Man aber zu vermeiden, daß die Eisenbahnen in der Vertikal der deutschen Eisenbahngesellschaft vermischt werden, werden Marx und Stresemann die Verpflichtung übernehmen, im Reichstag einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach sämtliche deutsche Eisenbahnen im rheinisch-schwarzwälder Gebiet des Schminck ausüben werden.

Eine neue Besprechung der „Dierzehn“

London, 7. August.

Seine Vermittlung traten wiederum die sogenannten „Dierzehn“, d. h. also je zwei Mitglieder jeder Delegation, im Privat- und des Ministerpräsidenten im Unterhause zu einer Besprechung zusammen. Gestern abend nach dem Diner hatten sie bereits eine Besprechung miteinander, in der der Bericht der deutschen Sachverständigen nachgeprüft, die die Vertikale der Reparationskommission, der Aufhebung und des belgisch-französischen Eisenbahnpersonals. Die beiden anderen Abschnitte teilten sich innig nach den Arbeitsleistungen der Teilnehmer von der Konferenz ernannten Kommissionen in die Fragen ein, die die militärische Räumung des Ruhrgebietes betreffen, und diejenigen, die die Sanierungsmaßnahmen betreffen. Es wurde angesetzt, diese ursprünglichen Kommissionen der Konferenz unter Leitung deutscher Mitglieder zur Grüberung der deutschen Anmerkungen wieder herzustellen. Diese Ansetzung fand die Zustimmung der Dierzehn. Diese so wiederhergestellten Kommissionen trafen heute früh um 11 Uhr zusammen. Wie die „Times“ weiter zu wissen glauben, hat sich der Rat der Dierzehn gestern abend auch mit der Frage der deutschen Besatzungen beschäftigt. Die Besprechung dauerte zwei Stunden.

Deutsche Einwendungen — eine „Freiheit“

Paris, 7. August.

Die „Information“ berichtet die von der deutschen Delegation gemachten Gegenüberstellungen zu den von der Interim-Konferenz in London gefaßten Beschlüssen und sagt, daß die Londoner Konferenz in der Hauptsache darauf abzielt, dem Deutschen Reich zu einer Rente von 800 Millionen Goldmark zu verpflichten. Außerdem werde die deutsche Währungsreform, wozu nicht zu zweifeln ist, daß der Besprechung der besprechungs-

Räumung des Ruhrgebietes mit auf den Weg nach Berlin kommen. Wenn diese ein Frechheit, sollte die deutsche Regierung an die Genüßung dieser Rente nicht nach Bedingungen knüpfen. (1)

Die Deutschnationen in London

Berlin, 7. August.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Deutschnationale Korrespondenz“, das offizielle Organ der deutschnationalen Partei, bringt an letzterem Tage Ausführungen über „Die deutschen Vertreter in London“, die die Auffassung führender Parteiführer wiedergeben dürfte, und deshalb besondere politische Beachtung verdienen. Es heißt dort:

„Der Wortlaut der Einladung — der der deutschen Regierung die Annahme der Einladung genügt — ist deutlich erkennen, daß von einer Gleichberechtigung in dem von uns geforderten Sinne nicht die Rede sein kann, heißt es doch in dem Einladungsbriefe ausdrücklich: „Vertreter zu bezeichnen, um mit der Konferenz die besten Möglichkeiten für die Inoffiziellung des Dames-Berichts vom 4. April 1924 zu erzielen.“ So liegt unter Delegation der geforderten Konferenz gegenüber, die wie die bisherigen Berichte aus London ergeben, sich bereits über die Vorbedingungen des Interaktions des Damesgutachten einig geworden ist. Wo liegt da eine Gleichberechtigung? Der Bericht der Vertreter der deutschen Delegation in London wurde von dort berichtet, daß die offiziellen Konferenzteilnehmer auf seinen Fall über die militärische Räumung des besetzten Gebietes, die Kriegsfrage, über die wiederholt berohreten und beurteilten Gegenstände und Ausgewiesenen usw. im Rahmen des Dames-Berichts zu verhandeln gemittelt seien. Die Rede Macdonalds bezüglich der ersten Resolution mit der deutschen Delegation läßt an diesem Vorhaben keinen Zweifel, daß nach seinen Ausführungen die Konferenz die ausschließliche Aufgabe hat, sich mit den aus der Anwendung des Sadowe-Ständigenberichts ergebenden Angelegenheiten zu befassen und es als Vorsitzender der Konferenz deren Aufgabe ist, auf diese Punkte zu beschließen muß. So kann auch in diesem Fall von einer Gleichberechtigung unserer Delegation gegenüber allierter Konferenzteilnehmer keine Rede sein, denn von der Durchführung der militärischen Räumung des Ruhrgebietes hängt die Entscheidung der wirtschaftlichen Fragen in weitem Umfang ab. Als eine geradezu unvorstellbare Beeinträchtigung der deutschen Delegation muß es empfunden werden, wenn Macdonald bei der Überzeugung der bisher von der Konferenz vorbereiteten Ausführungsbestimmungen sagte: „Ich würde, daß man am Sonnabendnachmittag mit den Beratungen zu Ende ist. Rufen wir also den Entwurf, keine unheimliche Diskussion zu beginnen. Mein Zug fährt am Sonnabendnachmittag 4 30 Uhr von London und ich hoffe auf Ihre Entgegengerichte, meinen Plan zur Ausführung bringen zu können.“

Nach solchen Worten kann man doch wohl nur von einer Gleichberechtigung in der französischen Sprache sprechen, wenn man überhaupt noch davon reden kann. Charakteristisch über die Art unserer Stellung ist auch der Vorgang, daß Macdonald es nicht für nötig hielt, vor Zusammenreffen mit der deutschen Delegation im Konferenzsaal mit dem Briefe dieser den Inhalt des Beschlusses mitzuteilen. Die Gründe der Überzeugung, die sich doch recht wenig rechtfertigen lassen, daß die Mitglieder sich schon vierzehn Tage Zeit genommen hatten, sich über die Ausführungsbestimmungen des Damesgutachten zu einigen. Dieser Empörung der Deutschen wirkt immerhin ein bescheidenes Licht auf die Einlassungen, die man in London einem sogenannten gleichberechtigten Teilnehmer an der Konferenz entgegenbringt.

Was Hughes in Berlin gesagt haben soll

Paris, 7. August.

„Matin“ will wissen, daß der amerikanische Staatssekretär Hughes während seines Berliner Aufenthaltes den deutschen Behörden erklärte, der Sachverständigenbericht bedeute eine letzte Möglichkeit für Deutschland. Wenn es auf der Londoner Konferenz nach dem Einverständnis zwischen den Vereinten nicht zu einem Abbruch der Besprechungen komme, so werde Deutschland die Verantwortung dafür zu übernehmen haben, die Besprechungen abbrechen müssen. Das heißt, nach Deutschland hat keine, sei in lokaler Weise den Sachverständigenplan auszuführen. Wenn Deutschland das unterläßt, so brauche es, wie Hughes am Schluß sagte, nicht länger auf Unterstützung der Vereinten Staaten zu rechnen.

Neue Niederlagen der englischen Regierung

London, 7. August.

Die Regierung hat heute nachmittags im Oberhause zwei neue Niederlagen erlitten. Mit 27 gegen 11 Stimmen hat das Oberhaus einen Antrag von der Fortlage über das Schminck abgelehnt werden war. Mit 28 Stimmen wurde ferner ein zweiter Antrag von dem gleichen Gehalt angenommen, der von der Regierung ebenfalls bekämpft worden war.

Noch nicht unterzeichnet

Paris, 7. August.

Neuter stellt fest, daß das englisch-russische Abkommen zwischen den russischen Delegierten noch nicht unterzeichnet worden ist.

Auslegung des Begriffes „flüchtige Besatzung“

Wichtig, worunter die Engländer eine flüchtige, die Franzosen eine offiziell Besatzung verstanden. Wenn die Franzosen nicht so penibel gewesen, so hätte man sich hierüber leicht einigen können. Dem Vizegouverneur lag ein Bericht über die Besatzungen, dem am Nachmittag zwischen den Deutschen und den Alliierten festgelegt worden hatten, vor. Es heißt, General Eberhard in der „Weltlicher Gazette“, daß dieser Bericht außerordentlich ermutigend sei, da er die Franzosen, mit denen man sich zu beschäftigen habe, beträchtlich einschneidet.

Die Wälder betonen auch heute, daß die militärische Räumungsfrage des Ruhrgebietes

das wichtigste Problem der ganzen Konferenz ist, das in der Hauptfrage von den Deutschen, Franzosen und Belgiern in unzulässigen Verhandlungen der Regierung zu werden müßte. Gleichwohl aber wäre diese Frage auch für England interessant, und zwar wegen der Beziehung des Ruhrgebietes zu den, wobei die „Times“ andeuten, daß die Engländer ihre Truppen nach der vertragsmäßigen Räumung Kölns wahrscheinlich nach Stollern verlegt würden. Das gleiche Wort meint, daß

Wichtig, keine Regelung möglich sei, solange man sich nicht über die militärische Räumungsfrage geeinigt habe.

Man offenbar hängt die Einbahnfrage von der Lösung des militärischen Räumungsproblems ab. Wenn die Franzosen und Belgier das Ruhrgebiet räumen würden, so schreiben die „Times“, so würden sie nicht mehr auf der Verhinderung eines Wohnortvertrages bestehen. Dieses Zugeständnis ist ein Beweis für den besten Geist, der bei allen diesen Verhandlungen herrscht.

Weiter heißt es, die deutsche Regierung sei bereit, eine besondere Gesetzgebung zu erlassen, daß auf gewissen Wohnortverträgen ein Straf ein für allemal ausgeschlossen werde. (7) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ noch weitere Konsequenzen um dieses Gesetz hinweisen würden. Man ist hier im allgemeinen der Ansicht, daß die Franzosen und Belgier wegen der militärischen Räumung des Ruhrgebietes mit sich reden lassen würden, daß sie aber hierfür einen Preis verlangen, als welcher

ein gültiger Handelsvertrag

in Bezug auf Eisen-Einfuhrungen in Frage käme. Deutschland will aber, so heißt es, die diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ noch weitere Konsequenzen um dieses Gesetz hinweisen würden, auf die vollkommene Entmilitarisierung der deutschen Polizei und die Annahme der letzten Note über die Militärkontrolle.

Paris, 7. August.

Wie gemeldet, fallen die Darlegungen des Reichstanzlers über das deutsche Memorandum gestern zunächst eine sehr günstigen Eindruck hervorgerufen haben, da in der von einem Dolmetscher überföhrten Form einzelne der geäußerten Bemerkungen einen klar hervortretenden Charakter erhalten und einander der deutschen Regierung bei der Formulierung Hilfe gestellt werden seien. Von Seiten der deutschen Delegation ist jedoch bemerkt worden, daß die Schuld daran lediglich die ungenaue Überlieferung liegt, die bestimmte Bemerkungen des Kanzlers zum Teil fast verkehrt habe. Der Kanzler meint dann, daß diese Punkte nicht so formuliert sein, als die deutsche Note in ihrem Original im Gegensatz zu dem Charakter des Wortes sehr geeignet ist, wie man dies auf alliierter Seite erwartet habe.

Noch keine Besprechungen der Deutschen mit Herriot

London, 7. August.

Auf der gestrigen Wertschätzung der Delegationsführer ist noch nachzutragen, daß die Sitzung 1 1/2 Stunden gedauert hat. Gegenstand der Verhandlungen war die Frage der Besatzungen. Die deutsche Regierung hat bekanntlich von jeder dem Gesamtplan verziehen, daß Besprechungen nicht mehr beabsichtigt sind anzufügen. Zu anderen gab keine Verbind-

